

«Wir können nicht gegen eine Gesinnung vorgehen»

Kürzlich trafen sich rund 100 Rechtsextreme oberhalb Galgenen (wir berichteten). Sicherheitsdirektor André Rüegegger äussert sich dazu und stellt klar, dass die Behörden keineswegs nur «zuschauen». Das Treffen sei bereits präventiv beobachtet worden.

mit André Rüegegger sprach Johanna Mächler

Unser Kanton fällt schweizweit auf wegen Rechtsextremen – dieses Jahr zum wiederholten Mal. Ist der Kanton Schwyz ein Hort für Nazis geworden?

Nein, das können wir klar verneinen, auch wenn wir diese unappetitlichen Vorfälle zur Kenntnis nehmen müssen. Die Kantonsregierung, und ich glaube auch die Bevölkerung des Kantons Schwyz, wollen solche Aufmärsche im Kanton nicht. Zahlen vom Bund belegen jedoch, dass es im Bereich Extremismus im Kanton Schwyz glücklicherweise nur wenige Vorfälle gibt. Nichtsdestotrotz nehmen wir diese sehr ernst und prüfen jeweils eingehend, ob es eine rechtliche Handhabe gibt, dagegen vorgehen zu können.

Doch diese Szene zeigt sich bei uns präserter als in anderen Kantonen. Täuscht dieser Eindruck?

Durch die landesweite Berichterstattung fällt leider ein schlechtes Licht auf den Kanton Schwyz. Wir haben 158 000 Einwohnerinnen und Einwohner, davon bewegt sich wohl nur ein kleiner Promillebereich rechts – oder auch links – am Rand der Gesellschaft und fällt so negativ auf. Ich kann nicht akzeptieren, dass dadurch die ganze Schweizer Bevölkerung und der ganze

Kanton so einseitig dargestellt und in ein schlechtes Licht gerückt werden.

Was wissen Sie über diese Leute, die am ersten Wochenende im Dezember in Galgenen waren?

Einige von ihnen sind aktenkundig, wobei es aber vor allem Personen aus dem Ausland oder anderen Kantonen sind. Wenn wir Kenntnis erhalten, dass sich Rechtsextreme versammeln, wird je nach drohenden möglichen Rechtsverstössen die Sicherheit und Überwachung angepasst. Dazu schätzt die Polizei in Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen des Bundes und anderer Kantone die Lage nach bestem Wissen und Gewissen ein.

Die Polizei beruft sich auf die Gesetzeslage. Leute, die sich sorgen, begreifen aber nicht, warum die Polizei nur «zuschaut». Können Sie das erklären?

Rechtlich gilt ein solcher Anlass als privat. Die Veranstalter brauchen somit keine Bewilligung. Ich verstehe Leute, die sich vor dem rechtsextremen Gedankengut fürchten, vielleicht ekeln. Aber wir können nicht gegen eine Gesinnung vorgehen, was ja grundsätzlich gut ist und unserem demokratischen Verständnis entspricht. Die rechtliche Handhabe ist sehr schwierig, auch der Rassendiskriminierungsartikel des Bundes gibt darauf keine



André Rüegegger

Bild Archiv

abschliessenden Antworten. Was aber völlig unzutreffend ist, ist die Unterstellung, die Polizei schaue bei solchen Vorfällen einfach nur zu. Das belegt die Tatsache, dass wir dieses Treffen zusammen mit dem Bund bereits im Vorfeld nachrichtendienstlich verfolgt und dann auch beobachtet haben.

Kommentarspalten von Zeitungen wurden rege genutzt. Verfolgten Sie diese Diskussionen?

Ja, um mir ein Stimmungsbild aus der Bevölkerung zu machen. Es zeigt sich in diesen Kommentaren, wie stark sich die Themen Rechts – und auch Links – politisch instrumentalisieren lassen. Verschiedene Kommentare schaukeln sich dann gegenseitig hoch und führen zu gehässigen Auseinandersetzungen.

Solche gesellschaftlichen Spaltungen bedaure ich.

Und einige rufen nach mehr Recht. Ist es Zeit, die rechtliche Handhabe anzupassen und wenn ja, hat der Kanton darin eine gewisse Autonomie?

Gewisse Aussagen, Aufmärsche, Kundgebungen und Symbole ekeln auch mich an, und ich verstehe den Unmut der Bevölkerung. Auch dabei dürfen die staatlichen Behörden den Pfad des Rechtsstaates nicht verlassen und nur einschreiten, wenn konkrete Anzeichen vorliegen, dass es zu Gesetzesverstössen kommt. So lange dies nicht der Fall ist, dürfen die Behörden grundsätzlich nicht einschreiten. Ein Gesinnungsstrafrecht darf es in einer Demokratie nicht geben. Die Kantonspolizei wird bei einem allfälligen weiteren Fall einer solchen Zusammenkunft genau prüfen, ob sie präventiv dagegen vorgehen kann.

Es stehen auch Aussagen im Raum wie: Die Rechtsradikalen können sich in unserem Kanton nur deshalb ausbreiten, weil Ihre Partei, die SVP, den Boden dafür bereitet hat.

Da verwehre ich mich strikt dagegen, und eine solche Aussage ist unhaltbar. Bedenkt man, dass unsere Partei, die grösste im Kanton, rund 1000

Mitglieder hat, aber der grösste Teil des Volkes – wie gesagt 158 000 Einwohner – politisch ungebunden ist, empfinde ich dies immer als höchst unsachliche Unterstellung. Die SVP-Mitglieder und -Sympathisanten sind rechtschaffene Bürger, die wollen mit einer radikal-rechten Gesinnung nichts zu tun haben.

Zeigt doch gerade das Beispiel in Vorderthal mit dem Hitler-Post, dass es eben doch die «gewöhnlichen» SVP-ler sind, die sehr wohl radikale Tendenzen haben.

Natürlich ist es so, dass man niemandem in den Kopf schauen kann. Und dass es leider zwischendurch Leute gibt, die sich total verwerflich benehmen. Solche Leute widern uns alle an, und sie desavouieren bis zu einem gewissen Grad auch alle anständigen Parteimitglieder. Bei gravierenden Vorfällen erfolgt ein Ausschluss aus der Partei und diese distanziert sich davon.

Was empfehlen Sie Vermietern von Partylokalen?

Grundsätzlich sind die Vermieter frei, an wen auch immer ihr Lokal ausmieten. Aber wir überlegen uns, wie wir gezielt vorgehen könnten, so dass ideologisch oder fundamentalistisch denkende grössere Gruppen in unserem Kanton nicht so einfach unterkommen.

Wechsel im Bankrat der Kantonalbank

Drei Mitglieder des Bankrats der Schweizer Kantonalbank (SZKB) treten per 30. Juni 2020 nicht mehr zur Wiederwahl an.

Karl Roos tritt nach zwölf Jahren im Bankrat, davon sechseinhalb Jahre als Vizepräsident (2014-2020) der Schweizer Kantonalbank (SZKB), aufgrund einer parteiinternen Amtszeitbeschränkung nicht mehr zur Wiederwahl an. Gleichzeitig war er seit dem 2. Semester 2016 auch Vorsitzender des Strategieausschusses.

Peter R. Jeitler ist seit 2008 im strategischen Führungsgremium der SZKB tätig. Seit 2011 ist er Mitglied des Prüfungsausschusses und seit 2016 Mitglied des Risikoausschusses. Zudem übte er während der letzten vier Jahre den Vorsitz im Prüfungsausschuss aus. Auch er tritt zufolge einer parteiinternen Amtszeitbeschränkung nicht mehr zur Wiederwahl an.

Auch Max Ronner tritt nach zwölf Jahren im Bankrat aufgrund einer parteiinternen Amtszeitbeschränkung nicht mehr zur Wiederwahl an. Er war seit 2011 Mitglied des Prüfungsausschusses und seit dem 2. Semester 2016 Mitglied des Personalausschusses.

Die Wahl von drei neuen Mitgliedern für den neunköpfigen Bankrat der Schweizer Kantonalbank (SZKB) wird der Kantonsrat auf Vorschlag der kantonsrätlichen Aufsichtskommission für die Schweizer Kantonalbank (KRAK) voraussichtlich an der Sitzung vom kommenden 24. und 25. Juni vornehmen. (eing)



Der Vorstand (v. l.): Eduard Gwerder (Kassier), Ralf Jacober (Redaktor), Peter Trutmann-Aregger (Bezirk Küssnacht), Andreas Meyerhans (Vizepräsident), Valentin Kessler (Präsident), Angela Dettling (Aktuarin), Susanna Bingisser (Bezirk Einsiedeln) und Adrian Nigg-Arnold (Bezirk Gersau). Petra Steimen-Rickenbacher (rechts) war ebenfalls vor Ort.

Bilder yas

Geschichtsfreunde tagten in Pfäffikon

Am Sonntag fand in Pfäffikon die 142. Jahresversammlung des Historischen Vereins des Kantons Schwyz statt. Ein interessanter Vortrag über fürsorgerische Zwangsmassnahmen rundete den Nachmittag ab.

von Yasmin Jöhl

Vereinspräsident Valentin Kessler liess es sich zu Beginn der Jahresversammlung im Hotel Sternen nicht nehmen, die eingeladenen Gäste zu begrüssen. So fanden sich unter den vielen Geschichtsfreunden und Mitgliedern des Historischen Vereins mit Landammann Kaspar Michel sowie Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbacher auch offizielle Vertreter der Schweizer Regierung. «Dies zeigt die langjährige Verbundenheit zwischen den Kantonsbehörden und dem Verein», brachte Kessler seine Freude zum Ausdruck.

Nach den Begrüssungsworten des Gemeindepräsidenten von Freienbach, Daniel Landolt, der passenderweise geschichtliche Ereignisse der Gemeinde hervorhob, ging Kessler zur Abhandlung der Traktanden über. Dabei liess

er in seinem Jahresbericht vergangene Ereignisse wie die Kunst- und Geschichtsfahrt nach Wettingen Revue passieren. Während der Verein im vergangenen Jahr einige Mitglieder verabschieden musste, heben sich Eintritte und Austritte in etwa die Waage, wie Kessler ausführte. So zählt der Verein aktuell rund 1500 Mitglieder, wobei an der Versammlung auch zwei davon für ihre 50-jährige Mitgliedschaft geehrt wurden.

Vorstand wiedergewählt

«Das, was wir machen, machen wir richtig», sagte Valentin Kessler und meinte damit die gute Zusammenarbeit im Vorstand. Nach drei Jahren war es heuer wieder so weit, dass die Vorstandsmitglieder neu gewählt werden mussten. Alle stellten sich zur Wiederwahl, mit Ausnahme der Revisorin

Hilde Schädler, die durch die Einsiedlerin Nicole Kalbermatten-Ludwig ersetzt wird. Mit Applaus bestätigten die Anwesenden den Vorstand für eine weitere Amtsdauer.

Ebenfalls einstimmig genehmigt wurde die von Kassier Eduard Gwerder vorgetragene Rechnung, welche mit einem Aufwandüberschuss von gut 12 000 Franken abschloss. Dies sei vor allem auf den Posten «Mitteilungen» und deren Versand zurückzuführen, die sehr umfangreich waren. Vor der Pause gewährte Valentin Kessler noch einen Ausblick auf das kommende Jahresprogramm, welches wiederum mit interessanten Vorträgen und Exkursionen viel zu bieten habe.

Eindrückliches Referat

«Fürsorgerische Zwangsmassnahmen – ein Thema, welches uns alle tief

berührt» – mit diesen Worten leitete Präsident Valentin Kessler das anschliessende Referat ein. Und als Vorsteherin des Departements des Inneren richtete auch Petra Steimen-Rickenbacher eindruckliche Worte an die Zuhörer. So setzte sich die Regierung dafür ein, dass die Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 nicht in Vergessenheit geraten. «Das Leid darf sich nicht wiederholen», so Steimen-Rickenbacher. Die drei Referentinnen von der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) Sara Galle, Flavia Grossmann sowie Mirjam Häsler Kristmann präsentierten danach ihre Forschungsergebnisse bezüglich der administrativen Versorgungen im Kanton Schwyz und regten mit ihren Ergebnissen und Ausführungen die interessierten Zuhörer zum Nachdenken an.